

EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT  
in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER Ost-West-Aktions-Gemeinschaft,

c./o. Stubenrauchstr.71, 15732 Eichwalde,

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM  
und der INTERESSENGEMEINSCHAFT ALTANSCHLIESSER SCHULZENDORF ( IGAS )

Eichwalde, am 19. August 2017

Az.: Io + EG

## P R E S S E - E R K L Ä R U N G

### **BER-Projekt und Tegel-Streit - Position der Bürgerinitiativen bestätigt !**

- zu "BER-Eigner fordern Krisensitzung nach Dobrindt-Äußerungen", TAGESSPIEGEL 07.08.2017,  
"Parteien fordern Entscheidung zu Tegel. Offenhaltung des Berliner Flughafens vertagt -  
Kritik nach Krisengipfel in Potsdam", MAZ 18.08.2017, S.1, "Ob Tegel offen bleibt bleibt  
offen. Die Zukunft des Berliner Flughafens ist auch nach dem Krisengipfel in Potsdam unge-  
klärt - ebenso die Frage, wie der BER das Passagieraufkommen verkraften soll", MAZ 18.08  
2017, S.7, "Dobrindt beharrt auf Tegel-Weiterbetrieb. Sondersitzung der Flughafeneigner  
dauerte länger als geplant", MAZ 17.08.2017, S.7 -

Während sich in der Vergangenheit alle BER-Problemdiskussionen allein auf den Planfeststel-  
lungsbeschluß (PFB) bezogen und dieser als "ehern fest" dargestellt wurde, bewegt sich  
seit Kurzem die Diskussion mehr hin zu seiner sachentscheidungsfernen Grundlage, nämlich  
den "Konsensbeschluß" von 1996 in Abweichung von den Ergebnissen des Raumordnungsverfah-  
rens (ROV) von 1994, nachdem wir als BER-Umland-Bürgergruppierungen aus Schulzendorf und  
Eichwalde in unserem "Politikerbrief" des Themas "Europäisches Recht ist umzusetzen. ...",  
u.a. an alle BER-Eigner-Exekutiven und -Legislativen im Mai ds. Jhrs. gesandt, darauf hin-  
wiesen, daß bereits dieser "Konsensbeschluß" europäischem Recht genau so widersprach, wie  
der PFB.

Unsere Forderungen zur Aufrechterhaltung des derzeitigen Berliner Flughafensystems bedin-  
gen gleichzeitig neben der Erhaltung des Betriebes am alten Flughafen Schönefeld SXF ent-  
gegen PFB a u c h die Aufrechterhaltung des Flugbetriebes in Tegel TXL, welche zunächst  
von den Eignern als rechtlich wegen der PFB-Festlegungen unmöglich vertreten wurde.

Bundesverkehrsminister Dobrindt, welchem der vorgen. Politikerbrief ebenfalls zugeht, be-  
harrte offensichtlich auf dem Weiterbetrieb von Tegel TXL, weil im Politikerbrief die  
Nichtgenehmigungsfähigkeit der BER-Südbahn für den Dauerbetrieb wegen Verstoßes gegen das  
EU-Recht verkörpernde ICAO Doc.9184 angeführt wurde, so daß für den "BER" nur noch eine  
Piste zur Verfügung steht, aber schon zwei Pisten nicht ausreichen, den gesamten Berliner  
Flugbetrieb auf dem BER abzuwickeln - in Sperenberg waren einmal sechs Pisten geplant !

Und nun wurde bereits als Erfolg von Berliner und Brandenburger Regierungen anlässlich der  
Krisensitzung in Potsdam angeführt, daß ja der Bund nicht allein den Weiterbetrieb von  
Tegel TXL beschließen könne, sondern dazu und stets Berlin und Brandenburg zustimmen müß-  
ten ! Was für ein horrender "Sieg" ! Dabei hat Bundesverkehrsminister nach bisherigen In-  
formationen dies niemals beabsichtigt, gefordert oder angekündigt, sondern öffentlich nur  
das Nachdenken über den Weiterbetrieb aufgrund einer verkehrsvolumenbedingten neuen Situa-  
tion als dringlich angeregt und nachhaltig vertreten !

Daß man über das völlig offensichtliche Wachsen des Berliner Luftverkehrs nicht so viele Stunden diskutiert haben dürfte, liegt trotz Vortragens von Lütke Daldrups neuen Erweiterungsplänen in Schönefeld auf der Hand.

Daß die Behandlung juristischer Probleme auf die November-Zusammenkunft der Eigner zurückgestellt wurde, zeigt an, daß der PFB eben doch nicht so "ehern fest" ist, wie stets behauptet und daß "nur alle Eigner gemeinsam" eine Änderung des Konsensbeschlusses beschließen können, ist nicht nur eine Binsenweisheit, sondern zeigt gleichzeitig ab, daß damit auch die Grundlage des Planfeststellungsbeschlusses nicht mehr als juristisch gesichert anzusehen ist - und das als de facto offizielles Eingeständnis !

Bereits damit wurde die gerade dies beweisende juristische Argumentation des Politikerbriefes als zutreffend anerkannt, so daß die Wertung der dies aufgreifenden Argumentation von Bundesverkehrsminister Dobrindt als "populistisch" oder seine Bezeichnung als "verkehrs-politischer Chaos", wie aus der Bundestagsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN seitens Herrn Hofreiter geschehen, nicht haltbar ist

Daß unsere Argumente nach dem Berliner Abgeordnetenhaus und dem Deutschen Bundestag nun de facto auch bis zu den BER-Eignern durchgedrungen und öffentlich de facto zitiert worden sind, obwohl doch so viel Mühe aufgewandt wurde, sie den Abgeordneten der Legislativen zu verheimlichen, ist erfreulich, denn zunächst wurde der Politikerbrief den Abgeordneten weder im Bundestag, Abgeordnetenhaus noch Landtag wie gefordert zugestellt - oftmals wohl noch nicht einmal parlamentarisch zuständigen Abgeordneten.

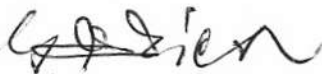
Selbst am 16. August 2017 waren dem Verantwortlichen für Wirtschaft, Finanzen und BER der Landtagsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, Thomas von Gizycki, Existenz und Inhalt unseres Politikerbriefes noch völlig unbekannt, und ich mußte ihn auf die Landtagspräsidentin Britta Starck und den Petitionsausschuß verweisen !

So geht Demokratie vor Wahlen, wenn die Exekutive so massiv irrte und die Folgen deshalb als eklatarverdächtig erscheinen !

Alles umsonst ! Denn wie heißt es doch so schön ?

"D i e S o n n e b r i n g t e s a n d e n T a g !"

Und durch die Pleite von Air Berlin hat sich die Situation des BER-Projektes noch einmal verschlechtert, weil man sich vom Umsteigekonzept verabschieden mußte und die Passagiere so zusätzlich am Shop-Center des BER vorbeigeschleust werden und so auch diese Einnahmequelle weitgehend versiegen dürfte.



Dr.G.Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT;  
ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT